

Informationen nach Art. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) i.V. m. § 31 Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG):

Im Rahmen der Erhebung von personenbezogenen Daten sind wir nach den o. g. Vorschriften verpflichtet, Ihnen als betroffene Person nachfolgenden Informationen zu erteilen:

Verantwortlich für die Datenerhebung:

Magistrat der Stadt Marburg, FD 69 Software-Center 5a, 35037 Marburg

Tel.: 06421/201-2980, Email: umwelt@marburg-stadt.de

Behördliche Datenschutzbeauftragte:

Datenschutzbeauftragte

Am Grün 16 + 18, 35037 Marburg

Tel.: 06421/201-1092, Email: datenschutz@marburg-stadt.de

Aufsichtsbehörde

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden

Tel.: 0611/1408-0, Email: poststelle@datenschutz.hessen.de

Zweck der Datenerhebung:

Der Fachdienst Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel benötigt Ihre Daten zur Bearbeitung und Bewilligung des Förderbescheids zur Richtlinie "Nachhaltiges Wassermanagement - Förderung von Regentonnen".

Rechtsgrundlage für die Datenerhebung-und verarbeitung:

Die Datenverarbeitung erfolgt durch den Fachdienst Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel und stützt sich auf die Richtlinie "Nachhaltiges Wassermanagement – Förderung von Regentonnen".

Übertragung der Daten an Dritte:

Im Rahmen der Auszahlung des Förderbetrags ist es erforderlich, Ihre Daten an das Stadtmarketing der Stadt Marburg zu übermitteln. Dort wird Ihnen der Förderbetrag in Form von "Marburg Gutscheinen" übergeben.

Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden 10 Jahre gespeichert. Nach Ablauf der Frist werden diese gelöscht.

Rechte der Betroffenen

Bei der Erhebung personenbezogener Daten stehen den Betroffenen folgende Rechte zu: Recht auf Auskunft - Art. 15 DS-GVO i. V. m. § 33 HDSIG

Mit dem Recht auf Auskunft erhalten Betroffene eine umfassende Einsicht in die ihn/sie betreffenden Daten.

Recht auf Berichtigung oder Löschung - Art. 16 und 17 DS-GVO i. V. m. § 34 HDSIG Das Recht auf Berichtigung und Löschung beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, unrichtige Daten korrigieren oder Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen, wenn die ihn/sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung - Art. 18 DS-GVO i. V. m. § 34 HDSIG Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, eine weitere Verarbeitung der ihn/sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verhindern, sofern eine Löschung nicht möglich ist oder einen unverhältnismäßig großen Aufwand erfordern würde

Recht auf Widerspruch - Art. 21 DS-GVO i. V. m. § 35 HDSIG

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, soweit diese durch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder öffentlicher sowie privater Interessen gerechtfertigt ist.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde – Art. 77 DS-GVO i. V. m. § 13 HDSIG Betroffene haben das Recht zur Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (s.o.).